

Aufbruch vom Schein zum Sein

Urs Haeberlin

Freiburg /CH

Als mir letztes Jahr das Buch „Deutsche Zustände. Folge 4“ (Heytmeyer, Frankfurt 2006) in die Hände kam, stellte sich mir eine beklemmende Frage: Könnte es sein, dass die Heil- und Sonderpädagogik zum Rassismus tendiert, ohne es zu merken? Wir nennen unsere „Klientel“ pauschal die „Behinderten“ und konstruieren mit diesem Pauschalwort unser Fach und Berufsfeld. Als „Behinderte“ werden in unserer Gesellschaft Geschöpfe bezeichnet, die als bedauernswert, hilfsbedürftig und mit Kranken vergleichbar gelten. Es ist eine vergleichsweise kleine Gruppe neben den anderen Gruppen von benachteiligten Menschen. Also definieren wir unser Fach und Berufsfeld mit einem Begriff, der im gesellschaftlichen Kontext exklusiv eine kleine Gruppe meint. Wenn ich mir dies vergegenwärtige, komme ich zum Schluss, dass unsere fast grenzenlos ausufernde Verwendung des Begriffs „behindert“ für die Definition unseres Fachs und unseres Berufsfeldes ethisch bedenklich ist. Wir versuchen seit Jahrzehnten, die Reichweite unseres Fachs und unseres Berufsfeldes auf immer mehr Personen auszudehnen, welchen wir das auf „kranke und bedauernswerte Geschöpfe“ reduzierende Etikett „behindert“ anhängen. Unsere fachinterne Ausweitung der Bedeutung des Wortes „behindert“ findet aber im gesellschaftlichen Umfeld keine Entsprechung. Anstatt auf Wort und Etikett zu verzichten, verlangen wir mit akademisierter Spitzfindigkeit nach immer wieder neuen sogenannten „Paradigmenwechseln“, damit das Wort „behindert“ in veränderten und ausgeweiteten Bedeutungen verstanden wird. Aber kein derartiges sophistisches Gerede kann uns aus der Gefahr befreien, mit unserer fach- und berufspolitischen Festlegung auf die so-

genannten „Behinderten“ immer wieder von neuem in die Falle einer gruppenspezifisch und damit latent menschenfeindlich verkürzten Ethik zu tapen.

Seit sie berufsständisch geworden ist, benützt die Heil- und Sonderpädagogik die von ihr als „Behinderte“ Etikettierten für die fachliche und berufspolitische Abgrenzung gegenüber anderen Berufsständen mit ähnlichen Abgrenzungstendenzen. Wir versuchen auf diese Weise, ein größtmögliches Stück aus dem Kapitalismuskuchen zu erkämpfen. Dieses verspricht dann größer zu werden oder zumindest vor anderen Zugriffen geschützt zu sein, wenn die Reduktion des moralischen Engagements auf eine vermeintlich abgegrenzte Menschengruppe erfolgt. Die Heil- und Sonderpädagogik hat sich hierzu hartnäckig auf die Abgrenzung ihrer „Klientel“ mit dem Wort „Behinderte“ festgelegt. So stecken wir ein Revier ab, in dem wir möglichst allein herrschende Platzhirsche sein können. Wir versuchen es für alle andern zu sperren, die zwar auch den sogenannten „Behinderten“ beistehen möchten und es möglicherweise genau so könnten wie wir, die aber keinen mit unserer Berufspolitik als „anerkannt“ erstrittenen Titel wie Bachelor, Master, Master of Advanced Studies (MAS), Zertifikat (CAS) plus Anhängsel in Form einer meist englischsprachigen Imponierumschreibung besitzen. Indem sich Heil- und Sonderpädagogik auf die berufs- und standespolitische Abgrenzung mittels der etikettierenden Abgrenzung einer für die Ansprüche des Berufsstandes genügend großen „Klientel“ als „Behinderte“ reduziert, droht ihr das Mitläufertum in der europäischen Tradition Gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit.

Neben der Abgrenzungsstrategie wird in der Heil- und Sonderpädagogik im Kampf um Prestige auch die Strategie des Wortverschleißes angewendet. Gierig werden neue Wörter aufgesogen, mit deren Verwendung man „in“ zu sein hofft – beispielsweise „Resilienz“, „Integration“, „Umgang mit Heterogenität“, „Enthinderung“ und inzwischen natürlich auch der Begriff „Inklusion“. Wie alles im modernen „flexiblen Kapitalismus“ zunehmend schnell zur Wegwerfware wird und nach raschem Ersatz verlangt, scheint die Dauer des „In“-Seins eines Wortes immer kürzer zu werden. Begriffe mit oft durchaus theoretisch ernsthaftem und moralisch engagiertem Hintergrund werden in kurzer Zeit zu „In“-Wörtern gemacht und für den Kampf um Erhaltung und Vergrößerung der Reviergrenzen instrumentalisiert und kapitalisiert. Aber die Abgrenzungsstrategie bewirkt, dass als unsterblicher „Oldie“ immer das Wort „Behinderte“ auf der sonst wechselnden Liste der Charts bleibt. Auf dieser hat es neuerdings das Wort „Inklusion“ auf die oberen Ränge geschafft. Wie verdächtig leicht geht doch dieses – ursprünglich gesellschafts- und kapitalismuskritisch in die Tiefe greifende – Wort schon über die Lippen vieler Fans des Wettkampfspiels um die Kapitalisierung von Prestige, Ansehen und Geld! Wenn das Wort „Inklusion“ nicht einfach zum neuen Hit in der heil- und sonderpädagogischen Schlagerparade werden und sich rasch zu den vielen Wörtern reihen soll, die wir im Verlauf unserer kurzen Fachgeschichte schon für die Verschleierung von latenter Unmoral kreierte haben, müssen wir endlich mit der Instrumentalisierung des Pauschaletiketts „behindert“ für berufsständische Zwecke Schluss machen. Seit langem weiß die Heil- und Sonderpädagogik, dass der Begriff „Behinderte“ schillernd, unklar und zu beliebigen Ausdehnungen und Eingrenzungen des betroffenen Personenkreises einladend und missbrauchbar geworden ist. Dennoch kann sich die Heil- und Sonderpädagogik nicht von der Gewöhnung an die sprachliche Konstruktion der sogenannten „Behinderten“ lösen.

Die durch das Motiv zur Berufs- und Fachabgrenzung tief wurzelnde Sprachgewohnheit hat es möglich gemacht, dass – obschon längst als Unsinn entlarvt – in der Heil- und Sonderpädagogik als „behindert“ bezeichnet wird, wer irgendeinen Sonderschultyp besucht oder im Rahmen schein-integrativer Umorganisationen innerhalb der Regelschule als zu einer Sondergruppe gehörend konstruiert wird (z.B. jene mit „sonderpädagogischem Förderbedarf“) und damit zu den sogenannten „Behinderten“ gezählt werden kann. Mit der schulischen Integration von Kindern und Jugendlichen mit sogenannten „Behinderungen“ in Regelklassen wird sogar mehr Kindern das Attribut „Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf“ zugeschrieben als früher das Attribut „Sonderschulbedürftigkeit“. Weil das Wort „Behinderung“ im berufsständischen Boden so tief und fest wurzelt, konstruiert es weiterhin die von der Heil- und Sonderpädagogik für den Erhalt ihres Platzhirschreviers gewünschte Realität. Und so konnte es dazu kommen, dass sich als Folge der Verknüpfung von der vermeintlich neuen und ethisch anspruchsvollen Kategorie der „Integration“ mit der alten Abgrenzungskategorie „Behinderung“ die Toleranz für Verschiedenheit eher verkleinert als vergrößert hat. Diese Tendenz bezieht sich insbesondere auf den Kreis der mit dem berufsfeldstrategischen Kunstwort „lernbehindert“ Etikettierten. Dieser lässt sich bekanntlich fast beliebig erweitern und ist damit geeignet, das Revier der Heil- und Sonderpädagogik zu vergrößern. Denn es handelt sich meist um eine soziale und durch schulische Normen produzierte Kategorie von verschleiernd als „behindert“ bezeichneten Kindern und Jugendlichen.

Wenn uns die europäische Geschichte etwas lehren kann, dann ist es dies: Abwertung und Ausgrenzung von Behinderten war und ist stets vernetzt mit der Abwertung und Ausgrenzung weiterer Menschengruppen. Im anfangs erwähnten Band „Deutsche Zustände“ wird vom Syndrom der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ gesprochen. Dieses umfasst Ras-

sismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie, Etabliertenvorrechte, Sexismus gegenüber Frauen, Feindlichkeit gegenüber Homosexuellen, Obdachlosenabwertung und Behindertenabwertung. Wenn die Heil- und Sonderpädagogik ihre berufs-, standes- und fachpolitischen Scheuklappen endlich abschütteln könnte, dann müsste sie konsequent darauf verzichten, ihre ethische Basis instrumentalisierend auf den Begriff „Behinderte“ zu verengen. Sie müsste endlich aus der Befangenheit im gesellschaftlich eingebetteten Standesdünkel heraustreten. Und sie müsste lernen, die Nicht-Anerkennung und Ausgrenzung von verschiedensten Menschengruppen – darunter sicherlich auch jene, die körperlich, geistig und/oder psychisch als „sonderbar“ erscheinen – ideologie- und gesellschaftskritisch einzuordnen. Bei der Suche nach ihrem ethischen Fundament muss Heil- und Sonderpädagogik aus der berufsständisch eroberten Nische der sogenannten „Pädagogik für Behinderte“ heraustreten und sich mit Geschichte und Gegenwart sozialer Ungleichheit und Gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit generell auseinandersetzen. Sie wird dann die Notwendigkeit erkennen, dass Ethik und Menschenbild in der Heil- und Sonderpädagogik zwingend mit Gesellschaftskritik und immer wieder von Neuem mit Kapitalismuskritik verknüpft werden muss. Dies ist keine Erkenntnis, für die man Marxist sein muss, sondern die Verknüpfung ist schon vor mehr als zweihundert Jahren von Johann Heinrich Pestalozzi gemacht worden, der damals für eine Pädagogik der Benachteiligten kämpfte. Auch Heinrich Hanselmann, der erste Inhaber eines Universitätslehrstuhls für Heilpädagogik, hat seine Heilpädagogik stets mit Gesellschaftskritik verbunden.

Seit ich dies so zu denken willens bin, frage ich mich ernsthaft: Wie viele Wörter sollen dem Wort „Inklusion“ noch folgen, die man verwenden muss, wenn man „in“ sein will? Oder

sind vielleicht doch noch Zeiten und Umstände zu erhoffen, in welchen dem „In“-Sein und dem damit verbundenen Platzhirschgebaren der gesellschaftliche Sinn fehlen wird? Der Durchbruch zur Inklusion – wohlverstanden: nicht zum instrumentalisierten „In“-Wort „Inklusion“ – ist in einfacher Weise schwierig: In der Vision einer inklusiven Schule würde jedem Kind und jedem Jugendlichen gleiche Achtung und gleiche Anerkennung zuteil. Dem steht im bestehenden Schulwesen im Wege, dass es aus Teilsystemen besteht, von welchen die einen gesellschaftlich geachtet und die anderen verachtet sind, deren Schüler und Schülerinnen von der Achtung oder Verachtung betroffen sind und deren Lehrpersonen entsprechend unterschiedliche Gehälter beziehen. So ist die Erhaltung der Teilsysteme durch ökonomische Privilegien gesichert. Solange nicht alle Lehr- und Betreuungspersonen in einer Schule gleich viel bzw. gleich wenig Geld verdienen, wird es die inklusive Schule und den Verzicht auf exklusives Platzhirschgebaren kaum geben können. Das Problem ist sicherlich noch etwas komplizierter, wohl insbesondere deshalb, weil sich zwar die unser Leben und Streben strukturierende und dominierende kapitalistische Wirtschaftsform laufend verändert, diese aber dennoch stets eine Mehrheit von Menschen – einschließlich derjenigen, die sich der Heil- und Sonderpädagogik bedienen – benötigt, welche vom Motiv des Habens und Immer-Mehr-Habens, und dies auf Kosten von Schwächeren, beherrscht sind. Gleichwohl hoffe ich auf einen baldigen Aufbruch als moralischen Entschluss zum Ausbruch aus der berufs- und fachpolitischen Deformation der Heil- und Sonderpädagogik!

Prof. em. Dr. Urs Haerberlin
Heilpädagogisches Institut der Universität Freiburg
Petrus-Kanisius-Gasse 21
CH-1700 Freiburg
E-Mail: urs.haerberlin@unifr.ch